

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet  
1877

"Aus den Tannen"

Fernsprecher  
No 11



Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Wochenspreis: Bei der Post und den Karren bezogen im Monat Juni Mark 16.—, Anzeigenpreis: Die halbe Zeile oder deren Raum 2.— Mk., die Restameile 6 Mk., Stundebetrieb, bei Nichtbestellung der Zeitung infolge Wäcker Gewalts oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Einzelne Aufträge 8 Mk. Bei Lieferstörungen Mahmal. Bei Zahlungsvorgang ist der Robat Hinwägig.

№. 187.

Altensteig, Donnerstag den 15. Juni.

Jahrgang 1922.

## Landwirt und Zeitung.

Herrn Wilhelm Dusch, Mitglied des Reichstages, schreibt:

Vor einem halben Jahrhundert war das Bedürfnis des mittleren und kleineren Landwirts an Zeitungen ein sehr geringes. So erinnere ich mich aus meiner ersten Jugendzeit, daß in meinem Heimatort mit etwa 170—180 Bauernhöfen und einer Reihe sonstiger Wohnungen einschließlich der Lehrer und des Geistlichen im ganzen knapp 20 Tageszeitungen gehalten wurden, wobei in der Regel zwei, drei oder vier Familien sich in das Abonnement einer einzigen Zeitung teilten. Bargeid war noch Ende der 60er Jahre auch in den meisten Bauernfamilien vor, daß Interesse an politischen Tagesfragen in den meisten Fällen nicht sehr regte. Die Landwirtschaft wurde nach väterlicher Tradition betrieben. Eigentlich populäre Fachzeitungen auf diesem Gebiete gab es kaum und die Veröffentlichungen der Königl. Landwirtschaftsgesellschaft fanden den Weg nicht in die Häuser der Bauern.

Der große Krieg von 1870—71 weckte das politische Interesse und vor allen Dingen das deutsche Interesse. In meiner Heimatprovinz Hannover wurde auch in den Bauernhäusern an Hand der Tageszeitungen, die oft große Läden infolge der Zensur aufzuweisen, für und gegen den Sieg gehalten. Von dem ersten Jahrzehnt an nach dem großen Kriege trat ein weiterer Umschwung auch auf diesem Gebiete ein. Das politische Interesse wuchs beim Bauern wie beim Tagelöhner, man beschrankte sich nicht mehr auf die Leitartikel der Sonntagblätter. Landwirtschaftliche Zeitungen und besonders Beiblätter bei den Tageszeitungen brachten die Kunde von den Fortschritten in der Landwirtschaft bald in jedes Haus. Unendlich hat auch die deutsche Landwirtschaft in diesen Jahrzehnten der guten Tagespresse zu verdanken an Aufklärung auf allen Gebieten. Als dann in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts und besonders im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts auch eine Flut von Schriften auf den Landwirt losgelassen wurde, denen man das Prädikat „gut“ im vaterländischen Sinne nicht immer zugeben konnte, hat die vaterländische Presse bereits dafür gesorgt, daß der gesunde Sinn der Landbewässerung in den meisten Fällen auch in dieser Beziehung gut und schlecht schnell voneinander unterscheidet lernte. Das Bedürfnis des Landwirts, neben seiner Fachzeitung und der mehr oder weniger wegen des verfügbaren Raumes in ihrem Inhalt beschränkten Kreiszeitung eine oder mehrere größere Tageszeitungen zu halten, wurde ein immer größeres. Die Zeit, die er nach des Tages Last und Mühe und am freien Sonntag mit dem Lesen seiner Zeitung verbrachte, war keine verlorene. Die Gegenwart macht dem Landwirt die Pflicht zum Lesen der Zeitungen zu einer gebieterischen. Die Zeit, in denen er vielleicht glaubte, es gehe alles seinen geordneten Gang, da die Obrigkeit in allen Dingen nach dem Recht habe, ist seit dem Herbst 1918 vorbei. Jetzt, da nach der Weimarer Verfassung alle Macht in Deutschland beim Volk liegt, muß auch der einfache Landwirt sich tagtäglich umschauen in der Politik, damit er bei den Wahlen und durch die Wahlen die Macht, die ihm durch die Vertretung gegeben ist, im vaterländischen Sinne und auch in seinem berechtigten Interesse auszuüben kann. Dem Landwirt muß der Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, der landwirtschaftliche Arbeiter, jeder Mensch, der in der Dorf wissen, was in der Welt, was in Deutschland geschieht, weil ihrer alle Existenz mit der Existenz der Nation verbunden bleibt oder zugrunde geht, abgesehen davon, daß die harten Arbeiten, die wohl jeder auf dem Lande zu verrichten hat, ihnen allen am Feierabend Anregung und Unterhaltung durch die Tageszeitungen zu gönnen ist. Dazu wird auch der Anzeigenteil ihnen manchmal von Nutzen sein, nach dem deutschen Spruch: „Wer vieles bringt, wird manchem auch bringen.“

Im Augenblick leidet die Presse bittere Not. Hunderte von Zeitungen sind bereits eingegangen, die übrigen kämpfen um täglich wachsenden Schwierigkeiten. Es ist den Zeitungen unmöglich fast unumgänglich, bei den außerordentlich hohen Preisen für Papier und alle sonstigen Bedürfnisse, neben Parlament und Regierung das vollwertige Instrument der Meinungsbildung in deutschen Landen, besonders in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik, zu bleiben. Die Presse wird bald nicht mehr in der Lage sein, deutsche Auslands-korrespondenten zu unterhalten und unabhängig von ausländischen Nachrichtenagenturen zu arbeiten. Leider besteht ferner die große Gefahr, daß sich ausländisches Kapital der Zeitungen zum Schaden unserer deutschen und zur Durchsetzung feindlicher Interessen bemächtigt. Eine Gefahr, die

im besetzten Gebiet bereits in bedrohliche Nähe gerückt ist. Mit Recht hat daher der Reichstagsabgeordnete Reizungsrat Freiherr von Rheinbaben neulich in einer großen öffentlichen Volksversammlung in Breslau betont, daß Schutzaktionen für die so schwer bedrängte deutsche Presse nicht allein vom Standpunkt einer bedrohten Privatwirtschaft, sondern vor allen Dingen vom Standpunkt einer auf Wiederaufbau unserer Wirtschaftskraft und unserer Weltgeltung gerichteten Gesamtpolitik in die Wege geleitet werden müssen.

Der Zusammenbruch der deutschen Presse wäre ein nationales Unglück.

In dieser Schutzaktion kann sich, wenn auch nur in bescheidenem Maße, ein jeder Landbewohner beteiligen. Der Landmann hat es sich stets zur Ehrenpflicht gemacht, am Wählerwahnen zu haften. Deshalb bewachte er auch in dieser schweren Zeit der deutschen Presse die Treue! Er möge in dieser für die Presse so kritischen Zeit lieber eine Zeitung mehr bestellen, als einer kündigen. Er wird dabei sich und zugleich dem deutschen Vaterlande einen wertvollen Dienst erweisen.

## Getreidemlage. — Zwangsanleihe.

14. Juni. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wies der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Fehr, bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 darauf hin, daß die diesjährige Ernte die vorjährige keineswegs erreichen werde, woraus sich die Notwendigkeit ergebe, zur Sicherstellung der Brotversorgung aus der inländischen Erzeugung eine bestimmte Menge zu erfassen. Die Umlage bedente wohl für die Landwirtschaft ein Opfer, aber auch andere Wirtschaftskreise außer der Landwirtschaft, so die Kohlen- und die Stickstoffindustrie, müßten eine bestimmte Beschränkung erdulden. Zur Erhaltung der Produktionskraft der Landwirtschaft werde es erforderlich sein, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Preise zu bewilligen, die die Herstellungskosten einschließlich eines angemessenen Gewinnes decken. Ungewiß sei noch, ob dabei der innere Wert der Naal, oder Inndergahlen die Grundlage bilden würden. Eine 20köpfige Kommission werde die Preisfestlegung behandeln. Er wisse von vordneren, daß es ihm nie gelungen werde, aus der umlagefeindlichen Landwirtschaft eine umlagefreundliche zu machen. Es müßte aber wenigstens versucht werden, aus der umlagefeindlichen eine solche Landwirtschaft zu machen, die für die Umlage nicht förend wirke. Das Brot müsse zu einem für die Allgemeinheit erschwinglichen Preis geliefert werden können. Es werde deshalb nicht möglich sein, den Marktpreis für das Brotgetreide zu zahlen. Die Kommission werde Mittel und Wege suchen müssen, um aus dieser Ungerechtheit herauszukommen und andererseits die Frage der öffentlichen Brotversorgung zu ermäßigten Preisen zu lösen. Der Reichswirtschaftsrat nahm gegen eine große Minderheit den Antrag des Ausschusses an, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Zustimmung eine Billigung des allgemeinen Grundgedankes des Gesetzesentwurfes bedeute, den einzelnen Zustimmungsmomenten aber in der Stellungnahme zu einzelnen Punkten von untergeordneter Bedeutung freie Hand lassend.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte ferner der Vorlage über das Zwangsanzleihengesetz nach den Ausschussbeschläßen mit den Änderungen zu, daß die Verzinsung nach der Regierungsvorlage festgesetzt und die Freigrenze auf 200 000 Mk. erhöht wird. Eine angenommene Entschließung fordert weiter, Kleinwohnungs-Grundstück vom steuerbaren Vermögen auszuschließen.

## Ueberfremdung und Ausbeutung.

Die Valuta-Krankheit macht rasende Fortschritte. Immer tiefer frßt sie sich in unseren schon miser so vielen schweren Gebieten leidenden Wirtschaftskörper ein. Große und lebenswichtige Industrieunternehmen, wie beispielsweise erst unlängst die durch ihre Fabrikate „Obol“ und „Forman“ bekannten Singer-Werke in Dresden, die Schokoladenfabrik Sarotti, die Delwerke Thördt in Hamburg und manche weniger bedeutende deutsche Produktionsstätten wurden der Gefahr der Ueberfremdung durch valutaschbares Auslandskapital bereits mehr oder minder ausgeiefert. Das Problem der Ueberfremdung ist aus dem Stadium des leeren Schlagwortes angehts der dauernden Marktverschlechterung und der steigenden Weltmarktpreise bedauerlicherweise immer mehr zu einem

bedeutsamen Faktor unserer gesamten Wirtschaft geworden, mit der wir auch in der kommenden Zeit noch viel und oft zu rechnen haben werden. Die Förderung dieser wichtigen Frage beschäftigt daher zu Recht in immer steigendem Maße auch die breitere Öffentlichkeit. Nach dem leidigen „Ausverkauf“ der deutschen Warenlager durch Valuta-geeignete Ausländer, die bedauerlicherweise in rigoröser Weise aus unserer wirtschaftlichen Schwäche Kapital zu schlagen wußten, wo es nur anging, begegnen wir jetzt in der Reise- bzw. Erholungszeit im ganzen Reihe einer wachsenden Ausbeutung durch das eintretende Auslandspublikum. Diese Massenmigration geldkräftiger Besucher droht die an sich schon schwierige Lebenshaltung der Inländer noch mehr zu erschweren, an vielen besonders überfüllten Orten gar einer Katastrophe entgegenzuführen. In diesem Sinne hatte die preussische demokratische Landtagsfraktion kürzlich an die Staatsregierung eine „Kleine Anfrage“ gerichtet, die gleicherzeit eine Art Kopf- und Tagessteuer für Ausländer zwecks billigen Ausgleiches ihrer durch den Aufenthalt gezehigten Wohntatorteile in Vorschlag brachte. Die Antwort des Ministers Severing bewegte sich leider in mehr oder minder althergebrachten Rahmen, ohne einer Lösung des Problems ernstlich und praktisch näher zu kommen. Danach ist die Anregung, die Nachteile, die sich aus der starken Entwertung der deutschen Valuta ergeben, durch geeignete steuerliche Maßnahmen in billiger und den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht widersprechender Weise auszugleichen, bereits „Gegenstand eingehender Erwägungen“ gewesen. In welcher Art jedoch außer der bereits in Kraft stehenden Staffelung der Steuerhöfe der Steuerbertragungsteuer eine weitere Regelung vorzunehmen sein wird, ließ sich abschließend zur Zeit noch nicht angeben.

Ein besonders trübes Kapitel, das ein großes Schlaglicht auf die ungesunde Scheinblüte unseres Wirtschaftslebens wirft, behandelte vor kurzem der Abg. Labendorff in einem sehr fesselnden Vortrag, in dem er eindringlich auf die ständig zunehmenden Hausverkäufe an Ausländer nicht nur in den Großstädten, sondern auch vielen wichtigeren Mittelstädten hinwies. Die Ueberfremdung des Grundbesitzes beispielsweise in Berlin hat bereits schon derartige Ausmaße angenommen und wird sich voraussichtlich noch weiter ausbreiten, daß das gesamte öffentliche wie wirtschaftliche Leben hierdurch immer mehr beeinflusst zu werden droht. Auch hier müßten Mittel und Wege gefunden werden, die „friedliche Durchdringung“ — (sprich: Enteignung) — Deutschlands durch fremdländisches Kapital in gemäßigter Bahnen zu lenken. Es soll nicht gelungnet werden, daß weiten Wirtschaftskreisen das hochwertige Valutageld angesichts des schweren Ringens um ihre Existenz zugute kommt, und der Zustrom ausländischen Kapitals bis zu bestimmten Grenzen und in billigen Formen gewislich auch für die Stabilisierung der Wirtschaft einen Vorteil bietet. Auch letztere Betrachtungsmöglichkeit darf der ernste Wirtschaftler in dieser Zeit der arabischen Nacht von der Hand weisen. Lezten Endes aber muß die Entwicklung dieser Wirtschaftspraxis von den Stellen, die es vor allem angeht, dauernd mit besondern wachsamem Auge verfolgt werden. Die ausländische Kapitalüberfremdung, wie Valutaübersiedlung jeder Art führt nicht zum geringsten Teil dazu, unser fleißig arbeitendes und hart kämpfendes Volk zu verärgern und zu ermatten. Dies soll und darf aber keinesfalls geschehen. Darum: videant consules d. h. die Regierung hat das Wort!

## Neues vom Tage.

Die Uebergabe des abgetretenen Oberschlesien an Polen  
Berlin, 14. Juni. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Kattowitz gemeldet wird, sollen im Laufe die-fer Woche Eisenbahn, Post und Polizei an die neue polnische Verwaltung übergehen und vermutlich wird auch die deutsche Justiz in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit einstellen. Man rechnet damit, daß die Uebergabe der Polizei in Kattowitz am Donnerstag, 15. Juni, erfolgt, daß am Freitag, 16. Juni, das inter-alliierte Militär aus Kattowitz abzieht und daß der Einzug des polnischen Militärs und damit die militärische Befetzung der ersten Zone am Samstag, 17. Juni, erfolgt.

Zur Uebergabe der Eisenbahn wird bekannt, daß vor einigen Tagen einzelne Abteilungen der Eisenbahndirektion Kattowitz, sowie einige an der alten deutsch-polnischen Grenze gelegenen Bahnhöfe u. a. der Bahn-





